

Die Bundeswehr muss kriegstüchtig werden, so Verteidigungsminister Boris Pistorius

Die Armee ist überaltert, zu klein und zu schlecht ausgerüstet, sagt die Wehrbeauftragte

Statt Gleichstellung, Kindergartenplätze und Bau von Schulen in Entwicklungsländern kommt endlich wieder der Kernauftrag der Bundeswehr in den Mittelpunkt. Und das ist bekanntlich die Landes- und Bündnisverteidigung. Vorgängerinnen-Pannen und -Peinlichkeiten liegen zum Glück hinter uns. Bei aller Detailkritik am Kurs zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Landes gibt Boris Pistorius inzwischen eine Richtung vor, die angesichts des Krieges in Europa überfällig ist und Unterstützung verdient. Grundlegende Korrekturen wären bereits mit Einverleibung der Krim durch Russland vor zehn Jahren fällig gewesen. Unsere Armee wurde seit der Wiedervereinigung nicht gesund, sondern krank geschrumpft. Die ausgerufenen Trendwenden Personal, Material und Finanzen blieben halbherzig. Am Rückschnitt des im Interesse hoch dotierter Stellen zugelassenen Wildwuchses an Ämtern und aufgeblähten Stäben mit konkurrierenden Doppelstrukturen geht kein Weg vorbei. Verteidigungsminister Pistorius hat von Beginn seiner Dienstzeit an die undurchsichtigen und ineffizienten Strukturen der Bundeswehr kritisiert. Reduzierungen im Ministerium führten bereits zum Abbau von ca. zehn Prozent der 3.000 Stellen, ein Planungs- und Führungsstab wird aufgebaut. Ob damit die erforderliche Restrukturierung der obersten Entscheidungsebene zur Gewährleistung der Führungs- und Handlungsfähigkeit in allen Lagen gelingt, kann hier dahingestellt bleiben. Jedenfalls wurden nun Richtlinien für die nachgeordnete Ebene einschließlich Leitprinzipien für die Binnenstrukturen vorgelegt, um die militärische wie auch zivile Organisation wieder auf die Landes- und Bündnisverteidigung auszurichten. Zentraler Ansatzpunkt ist die Aufstellung eines gemeinsamen Operativen Führungskommandos (OpFüKdoBw), das für In- und Auslandseinsätze zuständig ist. „Aus einer Hand“ lautet die Devise für Planung und operative Führung der Streitkräfte. Bislang war für Auslandseinsätze das Einsatzführungskommando in Potsdam verantwortlich, ein vor kurzem aufgestelltes Territorialkommando mit Sitz in Berlin sollte die Landesverteidigung und Unterstützungsleistungen im Innern führen. Dieser Reformschritt ist überfällig, die endlichen militärischen Kapazitäten müssen zentral geführt werden, zumal die Befehlsgewalt im Kriegsfall ohnehin auf NATO-Befehlshaber übergeht. Die militärische Verteidigungsfähigkeit soll wieder zentraler Bezugspunkt werden, auftragsbezogene Strukturen und Abschreckung von Angreifern als entscheidende Stellgrößen.



Foto: Angie Ehinger

Kriegstüchtig sein, um abschrecken zu können

Zu Heer, Luftwaffe und Marine tritt eine vierte Teilstreitkraft (TSK) mit der Bezeichnung Cyber- und Informationsraum, Streitkräftebasis und Zentraler Sanitätsdienst werden aufgelöst. Um dem Anspruch Kriegstüchtigkeit zu genügen, wird die Rolle der TSK mit Ausrichtung auf den Ernstfall im gesamten Einsatzspektrum gestärkt. Dass die TSK allerdings weiterhin Operationen in ihrer Dimension¹ taktisch führen dürfen, bricht das Prinzip „Führen aus einer Hand“ und verursacht erheblichen Dienstposten-Mehraufwand. Zudem werden dem Heer nun doch nicht das ABC-Abwehrkommando, das Kommando Feldjäger und die Zivil-Militärische-Zusammenarbeit (CIMIC) zugeordnet. Das wäre die gebotene Lösung, weil in der Dimension Heer schwerpunktmäßig die Bedarfe entstehen. Hier haben sich die Bewahrer vorhandener Strukturen durchgesetzt. Immerhin sollen durch die Trennung von truppendienstlicher und operativer Führung und der Kontinuität truppendienstlicher Zuordnung Doppelstrukturen im Einsatz vermieden werden. Das OpFüKdoBw soll sich ausschließlich auf seine Kernaufgabe der Einsatzführung fokussieren. Die Landeskommandos werden hier zugeordnet. Die Heimatschutzkräfte finden sich dagegen im Bereich des Heeres wieder. Diverse Spezialämter soll es jedoch weiterhin geben. Ein Beispiel hierfür ist das Luftfahrtamt, bei dem die Expertise zur Verkehrssicherheit und Lufttüchtigkeit von Luftfahrzeugen der Bundeswehr gebündelt wird. Die für die Auftrags Erfüllung unmittelbar erforderlichen Unterstützungskräfte werden den TSK zugeordnet. Übrig gebliebene Teile der bisherigen Struktur fasst ein neu zu gründendes Unterstützungskommando Bundeswehr zusammen. Das sind im Kern der bisherige Zentrale Sanitätsdienst und die zentrale Logistik aus der Streitkräftebasis mit weiteren Dienststellen. Dieses Unterstützungskommando wird dem stellvertretenden Generalinspekteur unterstellt. Zurück zu altbekannten Lösungen lautet hier die Devise, es muss kein schlechtes Modell sein. Gespannt darf man darauf sein zu sehen, wie die zivile Wehrverwaltung künftig Bw-gemeinsame Aufgaben angeht. Schlägt die Einsatzorientierung in der Verwaltungspraxis durch oder wird sie ausgebremst ist eine entscheidende Frage. Durch Landesbeauftragte in räumlicher Nähe zu den Landeshauptstädten soll die Wehrverwaltung enger mit den Streitkräften verzahnt werden. Die Organisationsbereiche Infrastruktur und Dienstleistungen (IUD) sowie Personal bleiben erhalten und nehmen Koordinierungsaufgaben wahr. Dabei „haben (wir) bei den Strukturen mitgedacht, dass es zur Wiedereinführung einer wie auch immer gearteten Wehr-/Dienstpflicht kommen könnte“, sagt Boris Pistorius.

¹ Unter Bezugnahme auf NATO-Dokumente werden vier Dimensionen festgelegt: Land, Luft/Weltraum, See und Cyber

Im Bereich der Streitkräfte verspricht man sich durch eine konsequentere Trennung der strategischen, operativen und taktischen Ebenen einen wichtigen Schritt hin zur Kriegstüchtigkeit. Die operative Ebene soll sich auf übergreifende Operationsplanung und -führung konzentrieren. Mal sehen, ob das gelingt. An schönen Begriffen mit begrenzter Halbwertszeit hat es auch in der Vergangenheit nicht gemangelt. Die politisch gewollte „Einsatzarmee“ war eine Fehlentwicklung, die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes kam unter die Räder. Die Bundeswehr wird also mal wieder umorganisiert – und das bei latenter Kriegsgefahr in Europa. Dabei sind inhaltliche Schlussfolgerungen aus dem Kampfgeschehen im Osten erst noch zu ziehen. Und das ist längst nicht nur der großflächige Einsatz von Drohnen wie auch deren Abwehr.

Ob die nun ausgerufene Reform nach Jahrzehnten der sicherheitspolitischen Desorientierung eine echte Kehrtwende darstellt, ist längst nicht ausgemacht. Nach MdB Johann Wadepuhl (CDU) drängt sich der Eindruck auf, es würden nur Türschilder, elektronische Adressen und Briefköpfe ausgetauscht. Der Minister redet einerseits der erforderlichen Verschlankeung das Wort. Andererseits gibt er von sich, dass Einsparungen nicht geplant sind und belässt damit die Messlatte an der untersten Einkerbung. Verschlankeung ohne Einsparungen klingt sehr nach Gesamtvertrauenspersonenausschluss und Bundeswehrverband. Dabei haben Gewerkschaften in organisatorischen Fragen nicht mitzureden; es ist mehr als genug, wenn sie ihre Duftmarken bei der Gestaltung der Stellenpläne setzen. Schlankere Strukturen auszurufen, ohne in Dotierungen einzugreifen, produziert hoch bezahlte Könige ohne Hofstaat. Diese haben noch keiner Organisation gutgetan. Der große Wurf kann so nicht gelingen, ein erster Schritt wird immerhin gemacht.

Bericht der Wehrbeauftragten – eklatante Defizite aufgelistet

Überaltert, zu klein, zu schlecht ausgerüstet, aber trotzdem hoch motiviert und einsatzbereit. Dieses Bild von der Bundeswehr malt Eva Högl in ihrem Jahresbericht 2023. Substantielle Verbesserungen bei Personal, Material und Infrastruktur ließen weiterhin auf sich warten. Die Personalvakanzanzen würden weiterhin zunehmen: „Die Truppe altert und schrumpft immer weiter“ lautet ihr alarmierender Befund. Immerhin seien wichtige Weichen gestellt. Betont positiv werden Verbesserungen in der persönlichen Ausrüstung der Soldaten bewertet. Es würden nicht mehr Helme und Schutzwesten fehlen, sondern Spinde und Lagermöglichkeiten für deren Unterbringung.

Große Sorgen seien wegen der enormen Aufgabenfülle der Truppe angebracht. Dreistellige Überstundenzahlen und mehrmonatige Abwesenheiten von zu Hause kennzeichnen demnach den militärischen Dienst, Phasen der Regeneration würden knapp. Belastung und Effektivität des Personaleinsatzes stünden in keinem angemessenen Verhältnis. Dass die Dienstzeitbelastung der Soldaten aber auch mit dem gültigen Dienstzeiterlass zusammenhängt, wird dabei verschwiegen. Immens lange Freistellungszeiten beispielsweise nach Verlegungen und Übungsplatzaufenthalten schränken die Verfügbarkeit des Personals über Gebühr ein. Dass viele junge Soldaten es nicht schätzen, allzu lange von Familie und Freundin getrennt zu sein, ist unbestritten. Dennoch ist es höchste Zeit, den Dienstzeiterlass zu überarbeiten und den Chefs und Kommandeuren mehr Spielraum bei der Dienstzeitgestaltung ein-

zuräumen. Dass die Nachwuchslage ein gewaltiges Problem darstellt und entweder die Wehrpflicht reaktiviert oder eine Allgemeine Dienstpflicht eingeführt werden muss, wird auch in den *treuen Kameraden* immer wieder thematisiert. So auch in dieser Ausgabe.

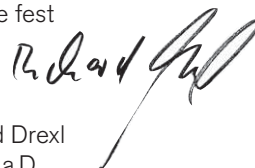
Den eklatanten Mangel an Material und Großgerät bis hin zu Ersatzteilen und Munition beklagt die Wehrbeauftragte zu Recht. Unterstützungsleistungen für die Ukraine vor größeren vorhandene Defizite. Dass die Infrastruktur vielerorts desaströs sein soll, verwundert allerdings sehr. Bei der letzten größeren Strukturreform ab 2011 wurden erneut zahlreiche Standorte geschlossen. Diejenigen mit möglichst aktuellen und modernen Gebäuden sollten erhalten werden. Wurden hier etwa falsche Entscheidungen getroffen? Völlig unverständlich ist die Klage über verschimmelte Duschen und verstopfte Toiletten. Der schlechte Zustand der Kasernen sei teils beschämend und dem Dienst der Soldaten unangemessen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass den Verantwortlichen für diese Zustände endlich Beine gemacht werden muss. Große Baumaßnahmen waren schon immer schwierig und zeitraubend, aber zu allen Zeiten waren genügend Haushaltsmittel für die Renovierung von Unterkünften verfügbar. Voraussetzung bleibt, dass sich auch die militärischen Vorgesetzten darum kümmern und notfalls den Verantwortlichen für die Infrastruktur die Spur einstellen. Dies wäre auch heutzutage möglich, es muss nur getan werden!

Die Bundeswehr bleibt Dauerbaustelle

Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer hatte zusammen mit Generalinspekteur Eberhard Zorn bereits 2021 Eckwerte für eine „Bundeswehr der Zukunft“ vorgelegt. Nicht nur die Bezeichnung ist geblieben, auch die Streitkräftebasis und der Sanitätsdienst sollten diesem Konzept zufolge aufgelöst werden. Nach drei Jahren ist man nun wieder so weit. Die Verantwortlichen sollten zusehen, vor der nächsten Bundestagswahl zu Potte zu kommen. Sonst droht von einer neuen Administration ein dritter Anlauf und man tritt weiterhin auf der Stelle.

Der Umbau der Struktur wird die Bundeswehr erneut auf Jahre hinaus beschäftigen. Um mehr Soldaten für den Kernauftrag verfügbar zu machen, sind konsequente Entscheidungen gefragt. Ob die „Bundeswehr der Zukunft“ diesem Anspruch gerecht wird, ist nicht ausgemacht. Zunächst sind konkrete Organisations- und Stellenpläne zu erarbeiten. Erfahrungsgemäß dringen dabei immer wieder fachfremde Einflüsse nicht selten aus Karrieregründen durch. Bereits jetzt ist jeder vierte Soldat Offizier, stete Klagen über mangelnde Attraktivität des Soldatenberufes lassen Schlimmes für den Steuerzahler mit weiterer Zunahme der überhöhten Personal- und Betriebskosten befürchten. Die Bundeswehr heute hat mehr Generalsdienstposten als zu Zeiten der 500.000 Mann Armee. In Relation zum Gesamtumfang immer noch höhere Dotierungen machen die Armee aber nur noch teurer, aber nicht besser

In Treue fest



Richard Drexl
Oberst a.D.